

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co. | **Carola-Chocolade.**
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | Einzelverkauf: Dresden, Altmärk 2.

Anzeigen-Zarif
Anzeigen von 10 Zeilen bis 100 Zeilen zu 20 Pf. pro Zeile pro Tag. ...

Bezugsgelder
Anzeigen von 10 Zeilen bis 100 Zeilen zu 20 Pf. pro Zeile pro Tag. ...

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Telefon: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Damen-Lodenkostüme
grosse Auswahl, billigste Preise.
Jos. Flechtl aus Tirol, 23 Schlossstrasse 23.

Leistungsfähigste u. billigste
Ladestelle für Automobile und
andere Akkumulatoren.
Elektrische Zimmeröfen.
Ebeling & Croener, Dresden
Kronleuchtergeschäft, Bankstr. 11.



Kunst-Salon von Emil Richter
Prager Strasse
Hochzeits-Geschenke.
Geschmackvoll • Künstlerisch • Preiswert.

Tuchwaren.

Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche.** Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte.

Hermann Pörschel

Scheffelstrasse 19/21 (Kleine Nachbau).

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.
Der Reichstag setzte die Beratung des Kolonialgesetzes fort.
Die vier Vertreter der Bloßpartei haben den Auftrag erhalten, über die Frage der Besteuerung bis Montag mittag zu einer Verständigung zu gelangen; die süddeutschen Regierungen stehen dem Plan einer Reichseinkommen- oder Reichsvermögenssteuer immer noch ablehnend gegenüber.
Im Preussischen Abgeordnetenhaus wurde in fortgesetzter Beratung des Etats des Innern der Fall Schädling erörtert.
Fürst Bülow sprach sich einer Deputation des Bundes der Landwirte gegenüber für die Erhaltung des Großgrundbesitzes in der Ostmark aus.
Das englische Heeresbudget für 1909/10 beläuft sich auf 27 435 000 Pfund Sterling gegen 27 459 000 Pfund Sterling 1908/09.
In Nantes bei Paris wurden bei einem Einbruch 5 Schmuckgegenstände im Werte von 300 000 Mark geraubt.
Im türkischen Biletjet Sinas hat ein Erdbeben in vielen Dörfern schweren Schaden angerichtet.

Neue Hoffnung auf Frieden

macht sich in den europäischen Kabinetten geltend, trotzdem die Spannung zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien noch nichts von ihrer Schärfe verloren hat. Aber man ist auf dem besten Wege, durch gemeinsame diplomatische Vorstellungen in Belgrad den serbischen Donauautoritäten die kriegerische Spitze zu nehmen oder wenigstens, falls es dennoch zu einer blutigen Auseinandersetzung kommen sollte, den Brand zu lokalisieren. Die Hauptachse bestand vor einigen Tagen darin, daß man über Rußlands Haltung nicht klar sehen konnte. Es war zu befürchten, daß das Zarenreich, teils den auf Stärkung seines Einflusses auf dem Balkan gerichteten Bestrebungen, teils panslawistischen Strömungen folgend, sich im Falle eines Krieges zwischen Oesterreich und Serbien auf Seite des letzteren stellen würde. Damit wären aber unter Umständen Komplikationen entstanden, die den europäischen Frieden aufs äußerste gefährdet hätten. Mit es der Vorteil der weitverbreiteten Bündnisysteme, daß sie bis zu einem gewissen Grade durch das Schwergewicht ihres politischen und militärischen Machtinflusses kriegerischen Bewegungen vorbeugen, so liegt andererseits die Gefahr vor, daß sich Zusammenstöße zwischen einzelnen Mächten heute leichter als früher zu einem allgemeinen europäischen Kriegesbrand auswachsen können, weil die Vertragsmächte sich zu weitreichender gegenseitiger Unterstützung verpflichtet haben. Das gilt vom Dreibund ebenso, wie für den Zweibund zwischen Frankreich und Rußland. Käme es, wie noch immer nicht ganz ausgeschlossen, zu einem serbisch-oesterreichischen Kriege, so bliebe er an sich eine zwar bedauerliche, aber belanglose Episode, jedoch nur so lange, als Rußland sich zurückhält und nicht zugunsten Serbiens eingreift. Mit dem Moment, wo das Zarenreich die Partei Serbiens ergreifen würde, wären die Folgen unabsehbar. Deshalb gehen auch die Bemühungen der Mächte folgerichtig dahin, es überhaupt zu keinem Kriege kommen zu lassen. Das ist aber nur möglich, wenn Serbien mit aller Energie zur Vernunft gebracht wird. Die Aussichten auf Erfolg in dieser Hinsicht haben sich insofern gebessert, als Rußland sich bereit erklärt hat, bei der gemeinsamen Aktion der Mächte in Belgrad solidarisch mitzuwirken, was es bekanntlich anfänglich ablehnte. Zu diesem erfreulichen Wandel wird neben der Rücksicht auf die gänzlich unzulängliche militärische und finanzielle Kriegsbereitschaft vornehmlich die Einsicht in Rußland mit beigetragen haben, daß Deutschland und Frankreich unter allen Umständen gewillt sind, den Frieden aufrechtzuerhalten. Beide Nationen befinden sich hierbei in einer seltenen Uebereinstimmung und jetzt wird es auch eher erklärlich, weshalb man deutscherseits um jeden Preis die Marokko-Frage endlich aus der Welt geschafft wissen wollte. Der Hinblick auf die Orientkrise hat ein entscheidendes Wort dabei mitgesprochen; man wollte die Kämpfungen beseitigen, denn wäre der Reizzustand zwischen Frankreich und Deutschland chronisch geworden, so hätte die Orient-Frage mit ihrem kritischen Drum und Dran wahrscheinlich schneller als allgemein angenommen wird zu einem unheilvollen Kriegesbrand geführt. Wenn nicht alles täuscht, wird uns

der Friede erhalten bleiben, denn, wie die Dinge liegen, befindet sich die Entscheidung über Krieg und Frieden auf dem Kontinent in den Händen Deutschlands und Frankreichs.
Wenn beide auf ihre Verbündeten in diesem Geiste ernstlich einwirken, so werden wir auch über die jetzige unbefriedigende Situation glatt hinwegkommen. Daß Deutschland in Wien unter der Hand Schritte unternommen hat, um Oesterreich-Ungarn zu größtmöglicher Nachgiebigkeit zu bewegen, ist selbstverständlich, wenn auch aus begründlichen Gründen in der Öffentlichkeit darüber nichts verlautet. Wie an dieser Stelle schon einmal ausgeführt, würde eine Vereinigung Deutschlands in einen allgemeinen Krieg wegen der Annexion Bosniens und der Herzegowina wenig Beifall in der Nation finden, um so weniger, als Fürst Bülow im Reichstage seinerzeit ausdrücklich erklärt hat, daß er von Oesterreich-Ungarn nicht vorher über den beabsichtigten folgenschweren Schritt in Kenntnis gesetzt, sondern ebenso wie die anderen Mächte gewissermaßen vor ein fait accompli gestellt worden sei. Mit dem also, so hat Oesterreich-Ungarn Grund genug, auch seinerseits alles aufzubieten, um einen Krieg vermeiden zu helfen, bei dem für Deutschland leicht der Bündnisfall eintreten könnte — einer Sache wegen, die uns im letzten Grunde nicht sonderlich interessiert (denn was haben wir von der Annexion Bosniens?) und bereitzuwillen wir von Wien aus vorher nicht einmal um Rat gefragt worden sind, obwohl das eigentlich selbstverständliche Pflicht gewesen wäre. Frankreich hat gleichfalls ein hohes Interesse daran, in Rußland zum Frieden zu raten, denn an die 14 Milliarden alten französischen Geldes hängen in russischen Anleihen. Man hat in Paris bereits einen Druck auf Rußland ausgeübt, denn es ist auffällig, daß die Emission der neuen russischen Anleihe in Frankreich zwar schon längst erfolgt, aber noch immer nicht abgeschlossen ist. Dieses retardierende Verhalten der französischen Finanzkreise hat offenbar seinen Grund in der Absicht, eine wirksame finanzielle PreSSION auf Rußland zugunsten des Friedens auszuüben. Es handelt sich also jetzt vornehmlich darum, ob man in Belgrad zur ruhigen Einsicht gelangen wird oder aber va banque spielen will. Oesterreich-Ungarn ist bereit, den Serben wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen, lehnt aber nach wie vor alle territoriale Ansprüche Serbiens kategorisch ab. Letztere sind auch durchaus unbedeutend, wie von allen Mächten zugegeben wird, denn es können in Belgrad keine legitimen Rechtstitel auf Gebiete Bosniens oder der Herzegowina geltend gemacht werden. Das einzige, was die Serben mit ihrem halbschamigen Verhalten erreichen dürften, ist, daß sie sich auch die Erlangung wirtschaftlicher Vorteile verschaffen, wenn sie es zum Kriege mit Oesterreich treiben. Serbien steht mit seinen Finanzen schon jetzt so schlecht und würde sich durch einen Krieg dermaßen ruinieren, daß es fraglich ist, ob Oesterreich überhaupt auf die Zahlung einer Kriegentschädigung rechnen könnte. Um so weniger wird dann aber auch zu verlangen sein, daß man in Wien den Serben obendrein noch wirtschaftliche Vorteile zubilligt. Das sollten die Exaltados in Belgrad bedenken, wenn sie überhaupt noch vernünftiger Gedanken fähig sind. Leider hat die Erklärung, mit der das neue Ministerium vor die Stupetina getreten ist, kein Nachlassen der irrwüthen kriegerischen Stimmung in Serbien verraten. Hoffentlich gelingt es aber der bevorstehenden gemeinsamen diplomatischen Aktion, die erhöhten Ädyle etwas abzukühlen und ihnen die ganze Torheit ihres Treibens recht eindringlich zu Gemüte zu führen. Es wäre in der Tat ein Unding, wenn die Serben sich gegen den Willen Europas mauzig machen und einen Krieg heraufbeschwören dürften, dessen Kreise sich im voraus nicht bestimmen lassen.

Nochmals die Kommissionsanträge zur Reichsfinanzreform.

Zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsschatzsekretär und den Parteiführern schweben unausgesehrt Verhandlungen. Die Finanzkommission tritt etwa Dienstag erst wieder zu einer Sitzung zusammen. Von hervorragender nationaler Seite wird uns geschrieben:
„Die Deutschen wollen in der Politik partout immer da hinaus, wo kein Loch ist“, dieser Ausspruch eines Engländer scheint in Sachen der Reichsfinanzreform wieder zur traurigen Wahrheit zu werden. Alle Parteien sind

mit den verbündeten Regierungen darüber einverstanden, daß die unumgängliche Erhöhung der Verbrauchsabgaben mit einer Vermehrung der Abgaben vom Besitz Hand in Hand gehen möchte. Als Abgaben vom Besitz kommen — a priori betrachtet — nur die Besteuerung der Erbschaften und die laufende Besteuerung des Vermögens der Lebenden in Betracht. Da die letztere teils als allgemeine oder partielle Vermögenssteuer, teils als Grund- und Gebäude-, Gewerbe- und Kapitalrentensteuer von den Bundesstaaten und Gemeinden bereits reichlich in Anwendung gebracht wird und die Möglichkeit einer etwaigen Erhöhung und Fortentwicklung dieser Steuern den Bundesstaaten und Gemeinden vorbehalten bleiben muß, wenn anderseits sie ihren Kulturaufgaben gerecht werden sollen, so sind die verbündeten Regierungen zu dem ungemein naheliegenden, ja sich ganz von selbst ergebenden Vorschläge gelangt, die Besteuerung des Besitzes für Reichszwecke in der Form einer Erweiterung der Erbschaftsteuer durchzuführen. Dieser Vorschlag bezweckt keineswegs eine kühne Neuerung, mit der sich das Reich auf ein noch unbekanntes Steuergebiet hinauswagen würde. Die Besteuerung der Nachlässe auch in der Hand der Abkömmlinge und des Ehegatten des Erblassers ist in allen Kulturstaaten außerhalb des Deutschen Reiches von altersher geltendes Recht, und kein Mensch denkt daran, sie abzuschaffen. Die von den verbündeten Regierungen aufgestellten Grundzüge für eine der Billigkeit und Gerechtigkeit entsprechende Durchführung der Reform müssen zur Anerkennung gelangen. Die Parteien des Reichstages mögen sich nicht darüber täuschen: Die Vorschläge, die sie gemacht haben, um eine Besteuerung des Besitzes für Reichszwecke herbeizuführen, sind völlig unannehmbar.

In erster Linie gilt dies von dem Vorschlage der Nationalliberalen auf Einführung einer Reichsvermögenssteuer. Die Vermögenssteuer ist neben der Einkommensteuer, zu deren Ergänzung sie dient, das Prototyp einer direkten Steuer. Als solche erfordert sie alljährliche oder doch in zwei- oder dreijährigen Perioden sich wiederholende allgemeine Veranlagungen aller Steuerpflichtigen. Diese allgemeinen Veranlagungen sehen bekanntlich einen großen Apparat von Behörden und Kommissionen in Bewegung und erfordern auf Schritt und Tritt eine Mitwirkung der Gemeinden. Soll eine solche Steuer für Reichszwecke erhoben werden, so muß das ganze Veranlagungs-, Rechtsmittel- und Erhebungsverfahren unter eingehende Kontrolle des Reiches gestellt werden, und diese Kontrolle würde zu einer derartigen Durchhebung des Organismus der Einzelstaaten mit Reichsorganen führen, daß die Einzelstaaten, wie der Reichskanzler Fürst Bülow sehr zutreffend erklärt hat, hierdurch tatsächlich mediatisiert werden würden. Es gibt Kanaker des Einheitsstaates, die dies nicht bedauern würden. Diese sollten sich aber gegenwärtigen, daß nicht nur die Einzelstaaten, sondern auch die — ebenso wie die Einzelstaaten auf direkte Steuern angewiesenen — Gemeinden und vor allen Dingen die Steuerzahler selbst unter dem Druck einer Reichsvermögenssteuer aufs schwerste zu leiden haben würden. Der preussische Finanzminister, Freiherr von Rheinbaben, hat schlagfertig wie immer, bereits darauf hingewiesen, daß die Ausbringung von 150 Millionen jährlich im Wege der Reichsvermögenssteuer für das preussische Steuergebiet einem 30prozentigen Zuschlag zur preussischen Ergänzungsteuer gleichkommen würde. Auf das Königreich Sachsen würden von den aufzubringenden 150 Millionen nach dem Maßstabe des Vermögens vielleicht 15 Millionen entfallen: das wäre rund das Doppelte des gesamten Aufkommens an sächsischer Grund- (einschließlich Gebäude-) Steuer und Ergänzungsteuer!
Ungangbar ist auch der von der Reichspartei vorgeschlagene Weg. Danach sollen die vom Besitz zu erhebenden 150 Millionen nach Maßgabe einer einheitlichen, reichsgefehllich geregelten Veranlagung des Vermögens der Jensten auf die einzelnen Bundesstaaten umgelegt und von diesen entweder auf Grund dieser reichsgefehllich Veranlagung oder durch andere, den Besitz oder die höheren Einkommen belastende Steuern aufgebracht werden. Es liegt aber auf der Hand, daß dieser Vorschlag nichts ist als eine zwittrhafte Mißbildung zwischen Matrikularbeiträgen und Reichsvermögens- oder Reichseinkommensteuer, mit dem Zwecke, die Steuerquellen der Einzelstaaten und Gemeinden in das gähnende Loch des Reichsdefizits zu leiten, ohne Rücksicht darauf, daß auf diese Weise aus einer Reichsfinanznot eine nicht minder verderbliche Finanznot der Einzelstaaten und Gemeinden